

Eingang	Frage	Antwort	Beantwortet durch
10.07.24, 19:43	Der Bereich Bauen verursacht 40% des THG-Ausstoßes in Deutschland. Warum wird diese wesentliche Ursache für den Klimawandel nicht berücksichtigt?	<p>Im Klimaschutzkonzept sind methodische Festlegungen getroffen, die auf dem BSKO-Standard basieren. BSKO stellt sicher, dass die Berechnung der Emissionen einheitlich und vergleichbar erfolgt (für Details siehe Methodenpapier (Stand April 2024), verfügbar unter <a href="https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/mediathek/dokumente/Agentur_Methodenpapier_BSKO_2023-24.pdf">https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/mediathek/dokumente/Agentur_Methodenpapier_BSKO_2023-24.pdf</a>).</p> <p>Dort sind die folgenden Punkte festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es werden ausschließlich THG-Emissionen berücksichtigt, die durch den Energieverbrauch entstehen. Dies umfasst Emissionen aus der Verbrennung von fossilen Brennstoffen sowie den Energieverbrauch aus Strom und Wärme, die für den Betrieb von Gebäuden und Baustellen benötigt werden. Direkte Emissionen, die während der Bauphase durch Maschinen und Fahrzeuge entstehen, werden ebenfalls unter diese Kategorie gefasst.</li> <li>- Die Vorketten umfassen alle vorgelagerten Prozesse, die vor der eigentlichen Nutzung der Energie stattfinden. Dies beinhaltet die Gewinnung von Rohstoffen, deren Transport und die Verarbeitung zu Baumaterialien. Zum Beispiel werden Emissionen, die bei der Förderung von Rohöl, dessen Transport und Verarbeitung zu Diesel für Baustellenfahrzeuge entstehen, in die Bilanz einbezogen.</li> <li>- Wir nutzen eine territoriale Betrachtungsweise, um Doppelbilanzierungen zu vermeiden. Das bedeutet, dass energiebedingte THG-Emissionen, die bei der Herstellung von Baumaterialien entstehen, in der Kommune bilanziert werden, in der das Werk steht. Aufgrund dieser methodischen Festlegungen erscheinen die Emissionen, die mit dem Bauwesen zusammenhängen, in der Bilanz der jeweiligen Kommune, in der die Baumaterialien produziert werden, und nicht in unserer direkten Bilanz. Beispielsweise werden die Emissionen eines Zementwerks in der Kommune bilanziert, in der dieses Werk betrieben wird, und nicht in der Kommune, in der der Zement verwendet wird.</li> </ul> <p>Unabhängig davon ist der Hinweis auf die Relevanz des Bausektors richtig und wichtig. Die Stadt wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit und der Beratung darauf hinweisen, dass bei Neubau und Renovierung die Wahl der Baumaterialien und -verfahren einen großen Einfluss auf die globalen THG-Emissionen hat. Durch die Verwendung von nachhaltigen Materialien und energieeffizienten Bauweisen kann ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.</p>	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 19:57	Die gesetzlichen Einsparvorgaben beziehen sich auf das Jahr 1990. Wo stehen wir da?	Für das Jahr 2021 wurden ggü. 1990 bereits rund 44% der spezifischen THG-Emissionen eingespart, bei den THG-Emissionen sind es 35%. Das Bundesziel von 65% ist damit noch ein Stück entfernt.	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:00	Im Rahmen der Sektorenkopplung (Wärmepumpenheizung) ist ein Anstieg des Stromverbrauches zu erwarten. Bei der Potentialanalyse wird eine Einsparung erwartet. Wie passt das zusammen und was folgt daraus für den Netzausbau?	Die Stromeinsparungen beziehen sich auf den "originären" Stromverbrauch (Beleuchtung, Waschmaschine, etc). Der zusätzliche Stromverbrauch durch die Sektorenkopplung wird zusätzlich in den Szenarien dargestellt. Das IKSK kann keine konkrete Aussage zum Netzausbau treffen.	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:08	Wie wurden die Einsparpotenziale für Strom und Wärme ermittelt?	Die Stromeinsparungen werden anhand von Literaturwerten für die unterschiedlichen Anwendungen ermittelt. Bei den Wohngebäuden wird unterstellt, dass diese im Durchschnitt auf das Effizienzhaus 70 saniert werden.	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:09	Wird der PV-Strom, der nicht ins Netz eingespeist (sondern am Entstehungsort verwendet) bei den Berechnungen mit berücksichtigt? Wie wird dieser Anteil ggf. ermittelt?	Die Netzbetreiber haben den eigengenutzten Stromverbrauch (sofern gemeldet) mitgeteilt, dieser wird anhand des Stromverbrauchs auf die Sektoren verteilt. In der THG-Bilanz wird der eigengenutzte Strom auch mit dem THG-Faktor für den bundesweiten Strommix berechnet.	Infrastruktur & Umwelt

Eingang	Frage	Antwort	Beantwortet durch
10.07.24, 20:18	Wie genau plant die Stadt gegen rechtswidriges Parken vorzugehen? Entsprechende Vergehen bestehen teils über Jahre hinfort. Bspw. in der Herzbergstraße finden sich schätzungsweise 100 geparkte Fahrzeuge, die meisten rechtswidrig, obwohl Platz in Einfahrten und Garagen wäre.	<p>In einigen Straßenzügen wurden bereits Markierungen auf der Straße aufgebracht, die das regelkonforme Parken unterstützen. So wird z.B. mit Sperrmarkierungen (Zickzacklinie) gekennzeichnet, dass an dieser Stelle das Parken nicht erlaubt ist. An anderen Stellen wiederum werden Parkflächen auf der Straße eingezeichnet, so dass klar ist, dass hier geparkt werden darf. Dies wurde z.B. in der Erich-Ollenhauer-Straße und angrenzenden Straßen eingeführt, außerdem u.a. in Bommersheim (z. B. Folkbertusstraße). In den neu markierten Bereichen wird wenig falsch geparkt (z.T. Parken auf den Begrenzungen, aber nicht / kaum auf dem Gehweg). Bei den momentanen Kapazitäten der Ordnungspolizei sind keine weiteren Prüfungen möglich, der Stellenplan wird durch die StVV beschlossen.</p> <p>In der 12. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2022 wurde der Beginn der Umsetzung der Maßnahmen des Verkehrsgutachtens "Stadt Oberursel (Taunus) - Sichere Radverkehrsführung durch das Quartier Liebfrauenstraße" beschlossen. Demzufolge soll die Herzbergstraße als eine der empfohlenen Maßnahmen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Zeppelinstraße in eine Fahrradstraße umgewandelt werden.</p> <p>Im Rahmen des Klimaschutzkonzepts wird bei verschiedenen Maßnahmen auf das Parken eingegangen, insbesondere in Mo-2 "Straßenräume unter Berücksichtigung der teilweise aktualisierten Regelwerke bedarfsgerecht und verständlich gestalten" und Mo-3 "Straßenraum regelmäßig kontrollieren" sowie Mo-26 "Parkraumkonzept für das Stadtgebiet einführen".</p>	Verkehr mit Köpfchen, Stadt Oberursel
10.07.24, 20:18	Sind in den Radkonzepten auch Fahrradwege zur Verbindung zu Kommunen im Vorder- und Hintertaunus beinhaltet?	Das kreisweite Radverkehrskonzept geht auch auf Verbindungen in den Vorder- und Hintertaunus ein. Das Radverkehrskonzept ist öffentlich einsehbar unter <a href="https://www.rv-k.de/Hochtaunuskreis/Radverkehrskonzept/Radverkehrskonzept_Hochtaunuskreis_Sammel_PDF.pdf">https://www.rv-k.de/Hochtaunuskreis/Radverkehrskonzept/Radverkehrskonzept_Hochtaunuskreis_Sammel_PDF.pdf</a> . Das Zielnetz, alle Maßnahmen und Maßnahmenkataster können außerdem auf einer interaktiven Online-Karte eingesehen werden: <a href="https://www.rv-k.de/Hochtaunuskreis/Radverkehrskonzept/Final/WebGIS.html">https://www.rv-k.de/Hochtaunuskreis/Radverkehrskonzept/Final/WebGIS.html</a> .	Verkehr mit Köpfchen, Stadt Oberursel
10.07.24, 20:24	Laut renommierter Wissenschaftsjournalisten ist der Bereich Ernährung ebenfalls ein wesentlicher Faktor für THG-Ausstoß und damit relevant für Klimaschutzaktivitäten. Warum wurde dieser lokal steurbare Bereich nicht berücksichtigt?	Im IKSK werden gemäß BSKO nur Energiebedingte Emissionen innerhalb der Gemarkung der Stadt Oberursel bilanziert (siehe oben). Sofern Produktion und Vertrieb der Konsumgüter auf der Gemarkung der Stadt Oberursel liegen, werden die Energieverbräuche dafür mit bilanziert. Grundsätzlich ist die Bilanzierung des örtlichen "Konsums" aufgrund vieler unbekannter Faktoren nicht möglich. Dazu zählen insbesondere verlässliche und verfügbare Datenquellen. Aus diesem Grund hat sich auch bisher kein solides einheitliches methodisches Vorgehen entwickelt.	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:25	Ergänzend zum Beitrag von Jonas Giebitz: wie weit ist überhaupt die Planung des Liebfrauen-Quartiers gediehen? Die Info-Veranstaltungen waren bereits Anfang des Jahres...	Die Planung ist abgeschlossen und soll nach der Sommerpause im Ortsbeirat vorgestellt werden. Eine Umsetzung ist für Herbst 2024 geplant.	Stadt Oberursel
10.07.24, 20:33	Was sind aus ihrer Sicht die Top 3 Maßnahmen/Handlungsfelder mit dem größten Effekt für die Reduktion der THG-Emissionen?	Alle im Maßnahmenkatalog beschriebenen Maßnahmen sind wichtig für die Erreichung der Klimaschutzziele. Es können jedoch nicht alle Projekte gleichzeitig angegangen werden. Daher wurde ein Bewertungs- und Priorisierungssystem angewandt, um die Maßnahmen zu priorisieren. Es fließen dabei drei Bewertungskriterien in die Bewertung ein: Klimarelevanz, Signifikanz, Umsetzungsvoraussetzungen. Im Klimaschutzkonzept obliegt die Bewertung der Klimarelevanz einer Grobschätzung. Maßnahmen mit hoher Klimarelevanz, wo eine grobe Quantifizierung möglich ist, umfassen die Aufstellung und Umsetzung eines mittel- bis längerfristigen kommunalen Sanierungsfahrplans (Priorisierung / Budgetierung) (EM-2) und die Umsetzung umfangreicher Effizienzmaßnahmen in privat genutzten Bestandsgebäuden (Wohn- und Nicht-Wohngebäude) (KW-2) (siehe unten).	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:33	Wie werden die Empfehlungen des Klimabeirates der Stadt Oberursel für das Klimaschutzkonzept genutzt?	Aufgabe des Klimabeirats ist die Beratung der städtischen Organe in allen grundsätzlichen Fragen des kommunalen Klimaschutzes. Entsprechend wurde der Klimabeirat bereits frühzeitig in die Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes eingebunden. Schon am 18.10.2023 fand eine Informationsveranstaltung für den Klimabeirat statt, bei der Hinweise und Empfehlungen gesammelt und von den beauftragten Fachbüros bei der Konzeptentwicklung berücksichtigt wurden.	Stadt Oberursel
10.07.24, 20:33	Was ist ergänzend zur Minimierung der Versiegelung und zum Verbot von Schottergärten (oder Kunstrasen im Garten!) geplant?	Die Frage bezieht sich auf Themen der Klimaanpassung, nicht des Klimaschutzes, weswegen sie im Rahmen der Veranstaltung nicht genannt wurden. Aktuell ist eine Gestaltungssatzung in Arbeit, die Schottergärten wie auch die gesamte Grundstücksbegrünung thematisiert und Ende 2024 beschlossen werden soll.	Stadt Oberursel

Eingang	Frage	Antwort	Beantwortet durch
10.07.24, 20:33	Mir erscheinen die aktuellen Bemühungen der Stadt den THG-Ausstoß zu reduzieren gering, insbesondere unter dem von Frau Rungen genannten Temperaturanstieg bis 2100 von 2,1 bis 3,4 Grad!	<p>Klimaschutz und Klimaanpassung sind in Oberursel mit zwei Vollzeitstellen besetzt, womit wir im Hochtaunuskreis Vorreiterin sind. Auch in der Wärmeplanung sind wir schon deutlich weiter als andere Kommunen.</p> <p>Einige weitere Maßnahmen zum Klimaschutz, die in Oberursel bisher oder aktuell umgesetzt werden sind die folgenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (Stadtbus, U-Bahnanschluss...)</li> <li>- Ausbau des Radnetzes anhand von Radverkehrskonzepten</li> <li>- Förderung des Fußverkehrs anhand eines Fußverkehrskonzepts</li> <li>- Förderung der Elektromobilität anhand eines Ladeinfrastrukturkonzeptes</li> <li>- Etablierung von Kooperationen zur kostenlosen Energie- und Solar-Beratung</li> <li>- Verstetigung von Klimaschutz in der Verwaltung anhand einer Klimarelevanzprüfung</li> <li>- Umsetzung von Klimaschutz bei der Sanierung kommunaler Liegenschaften</li> <li>- Umrüstung der Straßenlaternen auf LED</li> <li>- Organisation von Infoveranstaltungen und Kampagnen rund um den Klimaschutz (z.B. Taunus° Klimatage)</li> </ul> <p>Die Liste ist nicht abschließend.</p> <p>Sie haben insofern Recht, dass die Ziele bisher noch nicht erreicht wurden und wir uns auch in Zukunft weiterhin anstrengen müssen, unsere THG-Emissionen so schnell wie nur möglich drastisch zu reduzieren. Der Klimawandel ist jedoch eine gesamtbürgerliche Herausforderung, die nicht nur von der Stadtverwaltung sondern von vielen Protagonisten beeinflusst wird.</p>	Stadt Oberursel
10.07.24, 20:34	War die Waldbewirtschaftung vorher nicht nachhaltig? Woran machen Sie es fest, dass die gesetzlich festgeschriebene Nachhaltigkeit nicht eingehalten wurde?	Der Stadtwald hat bereits als oberste Bewirtschaftungsziele die Sicherung und Verbesserung der Ökologie und die Erholungswirkung. Die Maßnahme LDN-1 setzt in diesem Bezug den Fokus auf eine verstärkte stadtseitige Unterstützung klimaresilienter Waldbewirtschaftung.	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:39	Gibt es die Möglichkeit ein E-Auto auf einem öffentlichen Parkplatz direkt vor dem eigenen Haus mit eigenem Solarstrom aufzuladen?	siehe unten	Stadt Oberursel
10.07.24, 20:39	Aber das Bauen passiert vor Ort. Wir fragen ja auch nicht wo Kohle, Öl, Gas gewonnen, sondern wo sie verbraucht werden!!! Ihre Antwort stellt die Welt ihrer eigenen Berechnungen auf den Kopf.	siehe oben	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:48	Wir haben auf der LOK-Veranstaltung "Oberursel Klimaneutral 2035" erfahren, wie groß der Einfluss der Gemeinden sein kann, die Emissionen zu reduzieren. Warum diskutieren wir jetzt über Maßnahmen, die die einzelnen Bürger verwirklichen können?	<p>Infrastruktur &amp; Umwelt hat die LOK-Veranstaltung "Oberursel Klimaneutral 2035" nicht besucht und hat keine Kenntnisse von den Ergebnissen.</p> <p>Laut THG-Bilanz trägt die kommunale Verwaltung (inkl. Städtischer Unternehmen, etc) zu circa 2 % der THG-Emissionen bei. Die Haushalte tragen im Strombereich zu rund 30% und im Wärmebereich zu rund 40% in den jeweiligen gesamtstädtischen THG-Emissionen bei. Der motorisierte Individualverkehr trägt in 2021 zu rund 75% des Energieverbrauchs im Verkehrssektor bei. Da der Sektor Haushalte (inklusive MIV) einen hohen Anteil am Energieverbrauch bzw. an den Emissionen hat, sind Maßnahmen, die im Einflussbereich der Bürger und Bürgerinnen von hoher Bedeutung für die Erreichung der Klimaschutzziele (siehe unten).</p>	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:52	Aktuell hinken wir den CO <sub>2</sub> Zielen für 2030 schon hinterher, d.h. wir müssten unsere Aktivitäten / Maßnahmen jetzt erhöhen um die Ziele für 2030 / 2035 zu erreichen. Ist das in ihrer Planung / Update eingerechnet?	Unter den Annahmen des AKTIV-Szenarios (z.B. 2,5%/a Sanierungsrate bei den Haushalten statt aktuell 1%/a; 2,1%/a Energieproduktivität im Bereich Wirtschaft statt aktuell 1,5%/a; sowie eine Verkehrswende; sowie weiterer Ausbau des EE-Stromanteils) wird unterstellt, dass die Stadt Oberursel 2030 das Zwischenziel von -65% THG-Emissionen erreicht. Daraus folgt aber auch, dass die aktuellen Anstrengungen nicht ausreichen.	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:54	Gibt es die Möglichkeit ein E-Auto auf einem öffentlichen Parkplatz direkt vor dem eigenen Haus mit eigenem Solarstrom aufzuladen?	siehe unten	Stadt Oberursel

Eingang	Frage	Antwort	Beantwortet durch
10.07.24, 20:55	Ist es nicht erforderlich das eine PV Anlage im Baurecht zwingend verankert wird für neu- und Umbauten, so wie es für Zisternen schon erfolgt ist?	<p>Gesetzliche Regelungen zur verpflichtenden Installation von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) bei privaten Neubauten und Umbauten von Bestandsgebäuden wären ein wichtiger Schritt für den Klimaschutz. PV-Anlagen tragen erheblich zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen bei, indem sie saubere, erneuerbare Energie erzeugen und somit den Bedarf an fossilen Brennstoffen verringern. Durch eine flächendeckende Installation von PV-Anlagen könnten signifikante Mengen an CO<sub>2</sub>-Emissionen vermieden werden, was einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten würde.</p> <p>Die Zuständigkeit für die Implementierung solcher Regelungen liegt bei den Bundesländern, die durch entsprechende Gesetze und Verordnungen Vorgaben machen können. Eine bundesweit einheitliche Regelung existiert derzeit nicht.</p> <p>Aktuell ist für Hessen nur eine PV-Pflicht für landeseigene Gebäude und Parkplätze geregelt. Insofern fehlt es hier noch an einer Regelung für Neubauten und Sanierung von Bestandsgebäuden.</p> <p>Anders sieht dies insbesondere in Baden-Württemberg aus. Dieses Bundesland hat die weitestgehenden Regelungen in Deutschland. Es gilt eine PV-Pflicht für Nichtwohngebäude, Parkplätze, neue Wohngebäude sowie Bestandsgebäude bei grundlegender Dachsanierung.</p> <p>Es wäre wünschenswert, dass Hessen (und andere Bundesländer) ähnliche umfassende Regelungen wie Baden-Württemberg einführen, um eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energien zu fördern und die Klimaziele schneller zu erreichen.</p>	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:56	Die Antwort zur Waldbewirtschaftung ist für die Kenner des Waldes absolut nicht nochvollziehbar. Gerade in Oberursel finden bereits massive maßnahmen zum klimagerechten Umbau des Waldes statt. Ich lehne als Forstwissenschaftler die Antwort ab und empfehle diese Scheinmaßnahme nicht "zu kaufen".	siehe oben	Infrastruktur & Umwelt
10.07.24, 20:56	Welche Monitoringinstrumente und Zwischenziele schlagen Sie für die Messung der Zielerreichung vor?	<p>Für das Controlling des Integrierten Klimaschutzkonzepts werden die folgenden Bestandteile empfohlen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eortschreibbare Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz</li> <li>• Indikatoren-Analyse</li> <li>• Maßnahmen-Monitoring</li> </ul> <p>Auf Basis der Analysen werden folgende energie- und klimapolitischen Ziele für die Stadt Oberursel vorgeschlagen, die sich - so weit als unter den spezifischen Bedingungen in der Stadt Oberursel möglich - an den Zielsetzungen des Bundes und des Landes Hessen orientieren:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Stadt Oberursel strebt an, auf gesamtstädtischer Ebene bis zum Jahr 2045 bilanziell treibhausgasneutral zu werden. Ziel ist eine Reduktion der energiebedingten THG-Emissionen auf maximal 20.000 t CO<sub>2</sub> eq pro Jahr im Jahr 2045 und Schaffung von Treibhausgas-Senken oder zumindest eine Kompensation dieser verbleibenden Emissionen.</li> <li>2. Für 2030 werden folgende Zwischenziele angestrebt: <ol style="list-style-type: none"> <li>a.Reduktion des Wärmebedarfs der Wohngebäude um 15 % gegenüber 2020.</li> <li>b.Steigerung der PV-Stromerzeugung auf mindestens 15.000 MWh/a</li> <li>c.Reduktion der THG-Emissionen um mindestens 65 % gegenüber 1990.</li> </ol> </li> </ol> <p>Für den Verkehrssektor wird ergänzend die regelmäßige Evaluation des Mobilitätsverhaltens über eine etablierte Befragung, vgl. Maßnahme Mo-30 "Mobilitätsverhalten der Bevölkerung durch etablierte Befragung ermitteln" empfohlen.</p>	Infrastruktur & Umwelt / Verkehr mit Köpfchen
10.07.24, 21:01	Ist es realistisch, dass durch Freiwilligkeit der Bürger die Ziele erreichbar sind oder müsste die Kommune / Politik nicht mit klaren Vorgaben den Wandel vorantreiben?	<p>Das Klimaschutzkonzept geht im Wärmesektor bis zum Jahr 2045 von einer Sanierungsrate von rund 2,5%/a (AKTIV-Szenario) aus. Aktuell beträgt die Sanierungsrate knapp 1%/a. Falls die aktuellen Anreize (z.B. Förderung der energetischen Förderung) und zusätzlichen Kosten (z.B: CO<sub>2</sub>-Bepreisung) nicht ausreichen, werden vermutlich strengere Regeln gesetzt werden. Sprich falls die aktuelle "Freiwilligkeit" das Ziel verfehlt, werden die Vorgaben immer strenger werden.</p> <p>Da die Haushalte (Strom und Wärme) zu rund einem Drittel zu den gesamtstädtischen THG-Emissionen beitragen, leistet die Proaktivität der Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Gebäudeenergieeffizienz privater Bestandsgebäude einen wichtigen Beitrag.</p> <p>Neben der Wärmewende ist auch beim motorisierten Individualverkehr die Bürgerschaft stark gefordert. Aktuell ist der Verkehrsbereich der negative Spitzenreiter. Die Anreize das Auto stehen zu lassen reichen aktuell offensichtlich nicht aus und nur auf eine "Dekarbonisierung" des Verkehrs zu hoffen ist nicht zielführend.</p>	Infrastruktur & Umwelt

Eingang	Frage	Antwort	Beantwortet durch
10.07.24, 21:03	Kann die Stadt nicht Einfluss auf größere Firmen, wie Aldi, Lidl u Co Einfluss nehmen, mehr Fahrradstellplätze zur Verfügung zu stellen? Wie sieht es mit mehr Fahrradstellplätzen vor Magnetpunkten wie z.B. Brauhaus, etc. aus?	Im Klimaschutzkonzept wird empfohlen, dass Unternehmen ein Mobilitätsmanagement einführen und dabei das für Unternehmen kostenlos nutzbare Programm "Besser zur Arbeit" nutzen. Dies soll von der Verwaltung bei den Unternehmen bekannt gemacht werden (vgl. Maßnahme Mo-21 "Mobilitätsmanagement in Gewerbegebieten bekannt machen"). Bei der Neuansiedlung bzw. beim Neubau sowie größeren Umbauten (Nutzungsänderung) können Unternehmen auf die Bauherrenberatung zurückgreifen bzw. greift die Stellplatzsatzung, die Vorgaben u.a. zur Anzahl und Qualität von Fahrradstellplätzen macht. Die derzeit gültige Stellplatzsatzung ist bei einem Bauantrag einzuhalten und berücksichtigt bereits den Mehrbedarf an Fahrradabstellplätzen quantitativ und qualitativ. Siehe hierzu auch Maßnahmen Mo-29 „Nachhaltige Mobilität“ in die Bauleitplanung und Bauvorhaben integrieren".	Verkehr mit Köpfchen / Stadt Oberursel
10.07.24 per E-Mail	Gibt es die Möglichkeit ein e-auto auf einem öffentlichen Parkplatz direkt vor dem eigenen Haus mit eigenen Solarstrom aufzuladen?	<p>Während wir Elektrofahrzeuge auch als essenziellen Teil des gesellschaftlichen Wandels hin zur Klimaneutralität sehen, hat der hessische Gesetzgeber im Straßengesetz diesen Gedanken im Rahmen der Sondernutzung nicht aufgegriffen.</p> <p>Für das Führen eines Kabels über den Gehweg, um seine Elektrofahrzeuge im öffentlichen Straßenraum aufladen zu können, ist grundsätzlich eine Sondernutzungsgenehmigung nach § 16 Abs. 1 S. 1 Hessisches Straßengesetz (HStrG) erforderlich, weil die öffentliche Straße über den Gemeingebrauch hinaus genutzt wird. Die Entscheidung hierüber steht im pflichtgemäßen Ermessen der Straßenbaubehörde. Es handelt sich mithin um eine Einzelfallentscheidung. Deshalb kann Ihre Frage derart pauschal nicht beantwortet werden, man muss sich die einzelnen Umstände genau anschauen.</p> <p>Die zu treffende Entscheidung hat sich aber an straßenbezogenen Gesichtspunkten zu orientieren, insbesondere hat sie die Wahrung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie des einwandfreien Straßenzustandes in den Blick zu nehmen. Bei Gehwegen streitet das Interesse des „Fußgängerverkehrs“ gegen den Wunsch desjenigen, der ein Kabel über diesen führen möchte. Diesbezüglich ist zu beachten, dass mit der Verlegung eines Kabels bzw. einer Kabelbrücke auf dem Gehweg insbesondere die Barrierefreiheit von Personen mit Gehbehinderungen, die beispielsweise auf die Benutzung eines Rollstuhls oder Rollators angewiesen sind, einschränkt und zudem Stolperfallen eingebaut werden. Aspekte des Klimaschutzes zählen hingegen nicht zu den Gesichtspunkten, die im Rahmen einer Ermessensentscheidung zu berücksichtigen sind.</p> <p>Die Stadt Oberursel hat die Voraussetzungen für die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis in einem Fall abgelehnt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main hat die Entscheidung der Stadt als rechtmäßig beurteilt, diese Entscheidung wurde vom Verwaltungsgerichtshof Kassel vor Kurzem bestätigt. Die entsprechenden Entscheidungen sind im Netz auffindbar.</p>	Stadt Oberursel
11.07.24 per E-Mail	<p>Ideen zur Klimaneutralität 2035 in Oberursel</p> <p>Mehr CO2 binden</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehr Sumpfwiesen/Moore (z.B. Maaßgrund)</li> <li>- Mehr Grün <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Bäume (Innenstadt und Peripherie),</li> <li>&gt; urban gardening,</li> <li>&gt; pocket-parks,</li> <li>&gt; Vertikalbegrünung (z. B. auch Rathaus, Stadthalle, ...),</li> <li>&gt; Dachbegrünung (öffentlich und privat),</li> <li>&gt; offene Gewässer (z. B. Urselbach freilegen))</li> </ul> </li> <li>- Weniger Versiegelung <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Sofortiges Verbot von neuen Schottergärten,</li> <li>&gt; Förderprogramm zum Auflösen von Schottergärten (Autohäuser motivieren mitzumachen?),</li> <li>&gt; Versiegelung aufbrechen (z. B. Rathausplatz),</li> <li>&gt; Sickerfähiges Pflaster verwenden</li> </ul> </li> </ul>	<p>Der Schutz des Niedermoors südlich der sog. Hölschersmühle, neben dem Dornbach/Obere Rosengärten in Oberursel/Oberstedten ist im Maßnahmenkatalog unter LDN-2 berücksichtigt. Die Fläche des Niedermoors beträgt ca. 2.000 m². Aufgrund der geringen Fläche ist die CO2-Speicherkapazität des Niedermoors somit sehr gering. In dieser Maßnahme wird allerdings aufgrund seiner Besonderheit vorgeschlagen, zu überprüfen, welche Maßnahmen den Erhalt des Niedermoors begünstigen.</p> <p>Die übrigen Ideen zur Bindung von CO2 werden im Rahmen des Klimaanpassungskonzeptes diskutiert und sind nicht im Wirkungsbereich des Klimaschutzkonzeptes verortet.</p>	Infrastruktur & Umwelt

Eingang	Frage	Antwort	Beantwortet durch
11.07.24 per E-Mail	<p>Ideen zur Klimaneutralität 2035 in Oberursel CO2 -Ausstoß Individualverkehr reduzieren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Bedarfsbusse/-Sammeltaxis einsetzen,</li> <li>&gt; Kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs an Samstagen,</li> <li>&gt; Park an Ride an Samstagen ab z. B. Glöcknerwiese, AL-Parkplatz, Gym-Parkhaus, Bahnhof ...,</li> <li>&gt; Parkplatz-Suchverkehr reduzieren,</li> <li>&gt; Parkleitsystem einführen (Holzweg nach dem Parkhaus für Individualverkehr sperren, Brötchentaste (max. 10 Min),</li> <li>&gt; Mehr und sicherere Radwege insbesondere Nord-Süd und Ost-West (Hohemarkstraße-Holzweg-Henchenstraße-Adenauerallee-Frankfurter Landstraße, Nassauer Str. - Weingärtenumgehung, speziell der Holzweg ist derzeit für Radfahrer sehr gefährlich)</li> </ul>	<p>- Grundsätzlich dient das Klimaschutzkonzept für den Verkehrssektor dazu, umfassende Maßnahmen für einen klimafreundlichen Verkehr aufzuzeigen und dabei die Bandbreite an Verkehrsmitteln und Mobilitätsmöglichkeiten sowie Service und Marketing zu berücksichtigen. Es geht also in die Breite, aber nur wenig in die Tiefe. Detaillierte Planungen müssen in den jeweiligen Fachplänen erfolgen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Detaillierte Planungen von Bus- und Bahnangeboten werden im Nahverkehrsplan erfolgen, daher im Klimaschutzkonzept keine detaillierten Empfehlungen hierzu, aber Maßnahme Mo-12 "Verbessertes ÖPNV-Angebot im Nahverkehrsplan festschreiben"</li> <li>- Thema Parken ist sehr komplex, daher wird im Klimaschutzkonzept empfohlen, dass die Stadtverwaltung ein Parkraumkonzept erstellt und ein Parkraummanagement einführt, siehe Maßnahmen Mo-26 "Parkraumkonzept für das Stadtgebiet einführen"</li> <li>- Mehr Komfort und Sicherheit für den Radverkehr ist Ziel des Klimaschutzkonzepts. aber das Konzept enthält keine detaillierten Planungen, sondern verweist auf die bestehenden Radverkehrskonzepte und -Planungen, siehe hierzu die Maßnahmen Mo-5 "Radverkehrskonzepte umsetzen und fortschreiben" und Mo-2 "Straßenräume unter Berücksichtigung der teilweise aktualisierten Regelwerke bedarfsgerecht und verständlich gestalten"</li> </ul>	Verkehr mit Köpfchen
11.07.24 per E-Mail	<p>Ideen zur Klimaneutralität 2035 in Oberursel CO2 -Ausstoß reduzieren Elektrizität</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; PV auf öffentlichen Gebäuden (mit gutem Beispiel vorangehen!!!),</li> <li>&gt; PV auf privaten Gebäuden: Wiedereinführung der Förderung,</li> <li>&gt; PV über Parkplätzen (Verschattung und Energiegewinnung),</li> <li>&gt; Agri-PV testen,</li> <li>&gt; Bürger-Solaranlagen mit Prosumer-Netzen,</li> <li>&gt; Windkraft: Test und Einsatz von schwingungsfreien Vertikal-Windkraftanlage</li> </ul>	<p>Der BSO setzt mit den Stadtwerken zusammen PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden bereits um. Bisher hat die Kita Zauberwald, Kita Schatzinsel und Taunushalle PV-Anlagen errichtet. Geplant sind bereits PV-Anlagen für die Kita Rebola und die Gebäude des BSO. Die Stadtwerke entscheiden aktuell, welche Gebäude als nächstes belegt werden. Die Installation dieser PV-Anlagen sind im Rahmen der Maßnahme EE-1 umgesetzt. Teil der Maßnahme EE-1 ist ebenfalls, die Optionen von Energiegenossenschaften zu ermöglichen und zu prüfen. Dabei sind die "Neue Energie Taunus eG" sowie die "Bürgerenergie - Hochtaunus" mitzudenken.</p> <p>Mit der LOK besteht bereits eine Kooperation zur Solarberatung für PV im Mietwohnungsbau und bei Wohneigentum. Mit der Energieberatung der Verbraucherzentrale besteht eine Kooperation zu Solarthermie.</p> <p>Im Rahmen der Maßnahme EE-2 wird eine Potenzialuntersuchung von Freiflächen-PV-Anlagen und Agri-PV-Anlagen im Abgleich mit den Belangen des Naturschutzes und der Landwirtschaft befürwortet.</p>	Infrastruktur & Umwelt
11.07.24 per E-Mail	<p>Ideen zur Klimaneutralität 2035 in Oberursel CO2 -Ausstoß reduzieren Wärme</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>&gt; Ausbau der Energieberatung (Heizung): Individualberatung,</li> <li>&gt; Verstärkte Realisierung von Nahwärme (Industrie und Wirtschaft einbeziehen),</li> <li>&gt; Nahwärme mit Nutzung von Geothermie,</li> <li>&gt; Nahwärme mit Nutzung von Großwärmepumpen,</li> <li>&gt; Fernwärme,</li> <li>&gt; Wärmepumpen: Beratung und Förderung</li> </ul>	<p>Im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung werden zum einen Potenziale zur Energieeinsparung für Raumwärme, Warmwasser und Prozesswärme in den Sektoren Haushalte, GHD, kommunale Liegenschaften und Industrie und zum anderen Potenziale zur Nutzung erneuerbarer Energien im Oberurseler Stadtgebiet, u.a. Abwärme aus Abwasser, oberflächennahe und Tiefengeothermie, Grund- und Oberflächenwassernutzung etc. geprüft. Außerdem ist eine Zonierung von Eignungsgebieten zum Ausbau/Netzerweiterung Aufgabe der KWP.</p> <p>Derzeitige Maßnahmen zu Beratungsangeboten finden sich in Eff-4 "gezielte Beratung Bauwilliger fortentwickeln und erweitern" und Eff-5 "Fördermittelberatung für BürgerInnen und Gewerbe" wieder.</p>	Infrastruktur & Umwelt